

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

16.11.2013 /19.20-19.50 Uhr
17.11.2013 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/info

Inhalt:

- Mehr Transparenz bei Waffenlieferungen – Ohne Folgen für Rüstungsexportpraxis?
- Unteroffiziersschule mit falschem Namen? Initiative fordert Umbenennung der Marseille-Kaserne in Schleswig-Holstein
- Umstrittene EU-Battle Groups – Vom nie eingesetzten Gefechtsverband zu einer Ausbildungseinheit?
- Mit deutscher Beteiligung? Wie der Westen das Piraterie-Problem vor Westafrika in den Griff bekommen will

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien. Es begrüßt Sie Andreas Flocken.

Diesmal geht es bei uns um folgende Themen:

- Unteroffiziersschule mit falschem Namen? Initiative fordert Umbenennung der Marseille-Kaserne in Schleswig-Holstein
- Mit deutscher Beteiligung? Wie der Westen das Piraterie-Problem vor Westafrika in den Griff bekommen will. Und:
- Umstrittene EU-Battle Groups – Vom nie eingesetzten Kampfverband zu einer Ausbildungseinheit?

Zunächst jedoch zum Export von Kriegswaffen. Deutschland ist inzwischen der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Und das trotz offiziell restriktiver Rüstungsexportrichtlinien. Beides passt nur schwer zusammen. Es gibt einen Trend zur Ausweitung deutscher Waffenlieferungen. So wurde kürzlich u.a. auch der Export von Leopard-Kampfpanzern in den Nahen Osten genehmigt -

vor einigen Jahren undenkbar, weil diese Region bis heute als Spannungsbiet gilt.

Dass es zu dieser Entwicklung kommen konnte, liegt nicht zuletzt daran, dass die Genehmigung von Rüstungsexporten im Verborgenen erfolgt. Denn Rüstungsunternehmen müssen sich Waffenlieferungen vom Bundessicherheitsrat genehmigen lassen. Der Bundessicherheitsrat - das ist ein geheim tagender Kabinettsausschuss. Die Öffentlichkeit erfährt also nichts über die jeweiligen Entscheidungen. Lediglich im Rüstungsexportbericht werden die im Vorjahr erteilten Ausfuhrgenehmigungen erfasst – allerdings ohne Begründung.

SPD und Unionsparteien haben sich jetzt bei ihren Koalitionsverhandlungen darauf verständigt, dass solche Genehmigungen künftig bekannt gemacht werden. Verteidigungsminister Thomas de Maizière:

O-Ton de Maizière:

„Die Transparenz, die gefordert wurde, können wir jetzt da, wo es möglich ist herstellen. Ich bin sehr zufrieden über diesen weitreichenden Kompromiss. Beide Seiten sind kräftig aufeinander zugegangen.“

Künftig sollen die Genehmigungs-Entscheidungen des Bundessicherheitsrates dem Bundestag und damit auch der Öffentlichkeit sofort mitgeteilt werden. Außerdem soll es demnächst *zweimal* im Jahr einen Rüstungsexportbericht geben. Ein Fortschritt gegenüber der jetzigen Praxis. Allerdings nur ein kleiner. Denn die Entscheidungen über die sogenannten Voranfragen bleiben weiter geheim. Dabei hatte die SPD im Wahlkampf noch gefordert, diese dem Bundestag ebenfalls mitzuteilen. Doch davon wollen die Sozialdemokraten jetzt nichts mehr wissen. SPD-Fraktionschef Steinmeier:

O-Ton Steinmeier:

„Nach unserer Vorstellung wäre das Gremium, ein Geheimgremium gewesen, in das die Entscheidung des Bundessicherheitsrates dann eingegangen wären, dort informiert worden wäre. Wir haben uns im Verlauf des Diskussionsprozesses dazu entschlossen, kein weiteres Geheimgremium vorzuschlagen, sondern haben eine Formulierung gewählt, die im Grundgenommen noch größere Transparenz zur Folge haben wird.“

Dabei ist für Waffenlieferungen gerade die Voranfrage von entscheidender Bedeutung. Gibt der Bundessicherheitsrat hier grünes Licht, dann können die

Rüstungsunternehmen mit den potenziellen Käufern Verhandlungen aufnehmen, Verkaufsgespräche führen und die Produktion der Kriegswaffen vorbereiten. Will der Bundessicherheitsrat später die offizielle Export-Anfrage des Rüstungsherstellers dann doch ablehnen, muss das Gremium schon sehr gewichtige Gründe haben, um das Waffengeschäft doch noch zu verhindern. Andernfalls könnte die Bundesregierung regresspflichtig werden. Der Rüstungsexperte Michael Brzoska vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik:

O-Ton Brzoska:

„Durch die Voranfragen wird in der Regel eigentlich entschieden, ob es zu einem Rüstungsexport kommen kann oder nicht. Insofern kann es auch weiterhin passieren, dass Dinge schon sehr lange eingetütet sind, bevor der Bundestag dann darüber tatsächlich offiziell erfährt. Das ist eine offene Flanke dieser ganzen neuen Regelung, die auch durch die Transparenz, die jetzt versprochen ist, in keiner Weise verbessert wird.“

So ist es ein offenes Geheimnis, dass der Bundessicherheitsrat dem Rüstungskonzern Krauss-Maffai-Wegmann im Sommer 2011 offenbar einen positiven Vorbescheid für die Lieferung von mehr als 200 Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien erteilt hat. Beste Aussichten, dass das Geschäft auch bei der eigentlichen Anfrage abgenickt wird. Die Linkspartei hält daher die bei den Koalitionsverhandlungen vereinbarten Transparenz-Regeln für eine Mogelpackung. Der Außenpolitiker der Linken, Wolfgang Gehrcke:

O-Ton Gehrcke:

„Was habe ich davon, wenn ich früher weiß, dass mit Hilfe der deutschen Waffen die Leute in verschiedenen Teilen der Welt totgeschossen werden. Das kann mich darüber nicht hinwegtrösten.“

Etwas optimistischer ist der Rüstungsforscher Michael Brzoska:

O-Ton Brzoska:

„Was ich erwarte ist, dass es eine Reihe von kontroversen Debatten geben wird, die möglicherweise dazu führen, dass die besonders problematischen Länder im Mittleren Osten vielleicht nicht mehr ganz so viel an Rüstung erhalten. Vielleicht werden die Spitzen dessen, was wir in den letzten Jahren an Problemen im Rüstungsexport hatten, jetzt etwas abgeschliffen werden.“

Vielleicht. Denn im Augenblick sieht es nicht danach aus, dass Deutschland den dritten Platz in der Rangfolge der weltweit größten Rüstungsexporteure abgeben wird.

Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/info. Dort finden Sie auch ein Interview mit dem Hamburger Rüstungsforscher Michael Brzoska.

Zu unserem nächsten Thema:

Können Soldaten aus der Wehrmacht oder aus der Kaiserzeit Vorbilder für Bundeswehr-Soldaten sein? Mit dieser Frage tun sich die Streitkräfte weiterhin schwer – trotz eines Traditions-Erlasses. Das Problem wird immer wieder deutlich am Streit um Kasernen-Namen. So auch im schleswig-holsteinischen Appen in der Nähe von Hamburg. Dort steht die Unteroffiziersschule der Luftwaffe. Julia Weigelt hat sich dort umgesehen:

Manuskript Julia Weigelt

Atmo (Autos)

Sie liegt am Ortsausgang von Appen. Wie sie heißt, das wissen die Menschen hier in der 5.000-Einwohner-Gemeinde im Kreis Pinneberg.

O-Ton Umfrage:

„Die Kaserne heißt Marseille-Kaserne.“ / „Marseille-Kaserne.“

Aber woher kommt der Name?

O-Ton Umfrage:

„Nee, das weiß ich nicht.“ / „Das ist ja ne Stadt in Frankreich. Vielleicht waren die hier während des Zweiten Weltkrieges stationiert oder so?“

Appen – die nördlichste Exklave der französischen Besatzungszone? Oder ist die Namensgebung der Appener Kaserne gar ein Zeichen der großen deutsch-französischer Freundschaft? Nein. Die Marseille-Kaserne, in der heute Unterof-

fiziere der Luftwaffe ausgebildet werden, erinnert an den Wehrmachts-Kampfflieger Hans-Joachim Marseille.

O-Ton Appenerin:

„Ich denke mal, der wird dann bestimmt irgendwas Tolles gemacht haben, sonst hätten sie sie bestimmt nicht danach benannt.“

Vermutet eine Appenerin.

O-Ton Appenerin:

„Vielleicht hatte er irgend ´ne besondere Auszeichnung, oder hat was ganz besonderes geleistet, irgendwelche ausgeflogen oder so.“

Auszeichnungen hatte Hans-Joachim Marseille wirklich jede Menge, bis hin zum Ritterkreuz mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten. Hitler und Mussolini ehrten den Kampfflieger für seine Erfolge, die allerdings nicht in humanitären Hilfsleistungen bestanden.

Atmo (Flugzeuggeräusche Messerschmitt BF 109)

Bei Einsätzen über England und Nordafrika schoss der junge Hauptmann 158 Flugzeuge ab, bis er 1942 bei Rommels Afrika-Feldzug mit 22 Jahren starb. Ein Wehrmachts-Flieger als Namensgeber einer Bundeswehrekaserne? Für die Appener kein Problem.

O-Ton Umfrage:

„OK. Ja, nicht schlecht. Doch, hört sich doch gut an. Passt, ja.“ / „Da bin ich leidenschaftslos.“

Fehlende Leidenschaft – das kann man Jakob Knab sicher nicht vorwerfen. Der Pädogoge aus Bayern ist Gründer der „Initiative gegen falsche Glorie“. Sie setzt sich seit Jahren dafür ein, dass deutsche Kasernen an Widerstandskämpfer erinnern, und nicht an Soldaten eines fatalen Vernichtungsfeldzuges. Jakob Knab:

O-Ton Knab:

„Es ist nicht damit vereinbar, Kriegshelden der Wehrmacht, die im Auftrag von Hitler, von Göring, töteten, heute als geschichtliche Vorbilder hinzustellen. Es ist ein offenkundiger Verstoß gegen den gültigen Traditionserlass.“

Der Traditionserlass der Bundeswehr: 1982 wurde er neu gefasst. Und dort heißt es – Zitat:

O-Ton Sprecher:

„Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen.“

Und weiter ist dort zu lesen:

O-Ton Sprecher:

„Kasernen und andere Einrichtungen der Bundeswehr können mit Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung nach Persönlichkeiten benannt werden, die sich durch ihr gesamtes Wirken oder eine herausragende Tat um Freiheit und Recht verdient gemacht haben.“

Verdienste für Freiheit und Recht – dem Wehrmachtspiloten Hans-Joachim Marseille kann dies nicht nachgewiesen werden, wie das damalige Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr vor einiger Zeit recherchierte. Marseille war für die Nationalsozialen ein Kriegsheld. In dem Gutachten heißt es, die Idealisierung handwerklichen Könnens, die ausschließliche Orientierung an den Erfolgreichen statt auch am Leiden der Verfolgten stehe in der Tradition von NS-Propaganda. Den historischen Zusammenhang auszublenden, zeuge demnach von einem unkritischen Verhältnis zur deutschen Geschichte, wie es die Traditionsrichtlinien ausdrücklich ablehnen. Die Marseille-Kaserne - ein Kasernenname, der also seit über 30 Jahren nicht im Einklang steht mit dem Traditionsverständnis der Bundeswehr.

Ändern könnte das Oberst Klaus-Christian Kuhle, Kommandeur der Unteroffizierschule der Luftwaffe, die in der Appener Kaserne untergebracht ist. Denn die Initiative für eine Namensänderung muss von der Truppe vor Ort und dem jeweiligen Standort ausgehen. Doch Oberst Kuhle will zum Thema nichts sagen. Stattdessen antwortet das Verteidigungsministerium auf die Anfrage von NDR Info. Demnach liegen dem Kommandeur die kritischen Recherchen der Militärgeschichtler vor. Ob die Marseille-Kaserne bald anders heißen wird, bleibt

unklar. Den Namen von Feldwebel Anton Schmid wird die Liegenschaft laut Ministerium auf jeden Fall nicht tragen. Den mutigen Wehrmachtssoldaten hatte der Friedensaktivist Jakob Knab vorgeschlagen. Feldwebel Schmid hatte im Zweiten Weltkrieg im litauischen Vilnius über 300 Juden gerettet und den jüdischen Widerstand unterstützt, was er mit seinem Leben bezahlte. Eine Kaserne in Rendsburg, die seinen Namen trug, wurde 2010 geschlossen.

Jakob Knab und seine „Initiative gegen falsche Glorie“ kämpfen deshalb dafür, die Kaserne im schleswig-holsteinischen Appen in Feldwebel-Schmid-Kaserne umzubenennen. Doch bei seinem Vorschlag hatte der Lehrer aus Kaufbeuren nicht beachtet, dass der mutige Feldwebel Schmid in der Wehrmacht der Teilstreitkraft Heer angehörte: Ein Heeressoldat als Namensgeber für eine Luftwaffenkaserne? Das geht auch 2013 nicht. Nun hat Knab einen neuen Vorschlag gemacht: Die Appener Kaserne soll nach dem früheren Bundeswehr-Oberleutnant Ludger Hölker benannt werden. Der Luftwaffenpilot stürzte 1964 im schwäbischen Bobingen wegen eines Triebwerkschadens ab. Um einen Absturz auf besiedeltes Gebiet zu verhindern, stieg der Bundeswehr-Offizier erst im letzten Moment mit dem Schleudersitz aus – und starb. Ein heldenhaftes Verhalten, das nach Knabs Ansicht jungen Luftwaffen-Unteroffizieren ein deutlich besseres Vorbild sein könnte als das des Wehrmachtspiloten Marseille. Doch ein Offizier als Namensgeber für eine Unteroffiziersschule? Auch das geht heute offenbar nicht.

Der Bundeswehr-Standort in Appen heißt seit 1975 Marseille-Kaserne. Mit dem damals gültigen Traditionserlass von 1965 sei das durchaus vereinbar gewesen, teilte eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums mit. Spätestens seit der Traditionsdebatte von 1997 habe sich die Bundeswehr allerdings einer kritischen Betrachtung geöffnet. Weiter heißt es aus dem Ministerium: „Viele aus heutiger Sicht problematische Namen wurden aufgegeben; Neubenennungen erfolgen auf Grundlage des geltenden Traditionserlasses von 1982 unter Anlegen eines strengen Maßstabes“ – Zitat Ende.

Bei manchen Kasernennamen ist der Maßstab anscheinend aber nicht ganz so streng. Auch Appens Bürgermeister Hans-Joachim Banaschak stört sich nicht an dem Namen Marseille. Die Kaserne umzubenennen – das war bislang

kein Thema in seiner Gemeinde. Die Appener Kaserne nach einem Widerstandskämpfer zu benennen – für Bürgermeister Banaschak keine gute Idee:

O-Ton Banaschak:

„Dann fände ich es noch besser, wenn man einen Namen finden würde, der sich der Umgebung der Kaserne anpasst. Es muss ja nicht unbedingt eine Person sein, nach der so eine Kaserne benannt wird. Sie könnte ja auch zum Beispiel Tävsmoor-Kaserne heißen, weil die Kaserne hier in Appen direkt am Tävsmoor liegt, am Naturschutzgebiet. Dann wär's ganz neutral.“

Doch so weit wird es nach Ansicht des Bürgermeisters nicht kommen. Er glaubt, die Appener wollen den Kasernennamen behalten.

O-Ton Banaschak:

„Das glaub ich, weil die Appener auch ein bisschen traditionsbewusst sind. Das ist so ein prägender Begriff hier im Ort, dass auch dran festgehalten werden wird.“

Genau das will die Linkspartei in der Region aber ändern. Seit fünf Jahren setzte sie sich für eine Umbenennung der Marseille-Kaserne ein. Bisher vergeblich. Klaus-Dieter Brüggemann, Abgeordneter der LINKEN im Pinneberger Kreistag, hat eine Vermutung, warum die Bundeswehr an dem Namen Marseille festhält:

O-Ton Brüggemann:

„Ich glaube, die tun sich mit der Umbenennung der Marseille-Kaserne schwer, weil sie eher das Vorbild des Funktionierenden haben wollen. Ich möchte keine Soldaten, die funktionieren; die einfach Befehlen gehorchen, und nicht hinterfragen. Das sollten wir uns heute nicht mehr leisten. Für mich ist der Soldatenberuf auch kein Beruf wie Maler oder Maurer, sondern da muss ich im Zweifelsfalle wirklich individuell entscheiden, ob ich töten werde zur Durchsetzung von Zielen. Und da erwarte ich, dass im Zweifel auch gesagt wird: Nein, das mach ich nicht.“

Klaus-Dieter Brüggemann und Aktivisten wie Jakob Knab werden weiter dafür kämpfen, dass die Luftwaffenkaserne nach einem echten Vorbild benannt wird. An eine eigene Initiative der Bundeswehr glauben sie schon längst nicht mehr.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Julia Weigelt.

Vor der somalischen Küste ist die Piraterie drastisch zurückgegangen – aufgrund des Einsatzes von privaten Sicherheitsteams auf Frachtern sowie der Präsenz von Kriegsschiffen. Vor Westafrika haben die Aktivitäten von Piraten dagegen erheblich zugenommen. Wie man im Golf von Guinea das Problem in den Griff bekommen will – dieser Frage ist Christoph Rasch nachgegangen.

Manuskript Christoph Rasch

Deutsche Reeder können eigentlich aufatmen: Endlich dürfen sie bewaffnete Sicherheitskräfte zur Piraten-Abwehr auf Schiffen mit deutscher Flagge einsetzen – wenn die Dienstleister zuvor vom zuständigen Bundesamt zertifiziert wurden. Vor der Küste Westafrikas aber – dem neuen Hotspot der Piraterie – nützt diese Regelung allerdings herzlich wenig. Denn die dortigen Anrainerstaaten wie Nigeria, Ghana oder Guinea verbieten generell den Einsatz von Bewaffneten auf Handelsschiffen, sagt Ralf Nagel vom Verband Deutscher Reeder.

O-Ton Nagel:

„Deshalb ist dieses Instrument, das wir ja sehr stark im indischen Ozean einsetzen, dort verbaut. Und insofern bleibt es am Ende dabei, dass nur staatliche Kräfte, die Küstenstaaten und dann auch möglichst in Kooperation mit internationalen Marinekräften, dort für mehr Sicherheit sorgen.“

Der Ruf nach einem internationalen Marineeinsatz nach dem Vorbild der Somalia-Mission Atalanta wird immer lauter. Und seit Monaten schon wird darüber debattiert – und spekuliert –, wie eine solche militärische Kooperation aussehen sollte – und in welcher Form sich auch die Bundesrepublik militärisch an der Piraten-Bekämpfung vor Westafrika beteiligt. Nun ist klar: Die Deutsche Marine wird Mitte April kommenden Jahres Kriegsschiffe in den Golf von Guinea entsenden – um gemeinsam mit den US-Streitkräften afrikanische Sicherheitskräfte zu trainieren. Vom zuständigen Marinekommando in Rostock heißt es auf NDR-Nachfrage schriftlich:

Zitat:

„An der Übung beabsichtigt sich der Einsatz- und Ausbildungsverband mit zwei Fregatten zu beteiligen. Es ist geplant, dass an der Übung weiterhin ein Einsatzgruppenversorger der Marine teilnehmen wird.“

Jährliche Großmanöver sind für den deutschen Einsatz- und Ausbildungsverband grundsätzlich Routine. In den Vorjahren wurden die Trainings-Flotten vor die Küste Großbritanniens, nach Südafrika oder ins Mittelmeer entsandt, um dort gemeinsam mit anderen Marinen ins Manöver zu gehen. Dass der Verband nun aber in ein aktuelles Krisen-Gewässer verlegt werden soll, wo sich inzwischen mehrmals wöchentlich Piraten-Überfälle auf Handelsschiffe ereignen – das erscheint zumindest außergewöhnlich. Dennoch betont das Marinekommando:

Zitat:

„Das Hauptziel der Übung ist es, einen Beitrag zur Ertüchtigung der Anrainerstaaten als auch der dortigen afrikanischen Regionalorganisationen in der eigenständigen Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Maritimen Sicherheit zu leisten. Die deutschen Einheiten haben während der Übung vor Westafrika keinen Auftrag zur Piraterie-Bekämpfung.“

Doch allen Beteiligten ist klar: Die deutschen Fregatten agieren vor der westafrikanischen Küste nicht im luftleeren Raum – sondern sollen, quasi als gewünschter Nebeneffekt, auch militärische Stärke der westlichen Industrieländer demonstrieren. Ralf Nagel vom Reederverband:

O-Ton Nagel:

„Deshalb würde uns eine Präsenz von Marineeinheiten dort sicher helfen, denn Militärpräsenz wirkt abschreckend. Aber der zweite Ansatz, nämlich dass die Staaten dort – und das sind anders als in Somalia grundsätzlich funktionierende Staaten mit Küstenwachen – dass man also dort die Küstenwachen in die Lage versetzt, den Schutz der Schiffe sicherzustellen. Und insofern ist der Ansatz aus unserer Sicht sehr zu begrüßen.“

Was aber, wenn die deutschen Kriegsschiffe vor Ort zufällig Zeuge eines Piraten-Überfalls in der Nähe werden? Der zuständige Marine-Sprecher möchte sich zu dieser Frage nicht äußern. Für den ehemaligen Marine-Offizier und heutigen Sicherheits-Berater Heinz-Dieter Jopp allerdings ist klar:

O-Ton Jopp:

„Dann müssten wir auch eingreifen.“

Die militärische Schlagkraft wäre gegeben – denn der Einsatz- und Ausbildungsverband ist zugleich so etwas wie die Reserve-Flotte der Deutschen Marine und innerhalb kürzester Zeit für maritime Einsätze verfügbar, weiß Marine-Experte Jopp:

O-Ton Jopp:

„Bisher ist das ganze ja erst mal in einem Status des Planens. Das heißt, es bleibt abzuwarten: Wie ist die Situation tatsächlich, wenn dieser Verband losgeschickt wird? Und dann geht es darum – was aber auch Standard ist – im Zweifelsfall entsprechende Rules of Engagement festzulegen: Was darf die Deutsche Marine dort und was darf sie nicht?“

Was für ein Einsatz erwartet die Deutschen also im Golf von Guinea? Klar ist: Das geplante Manöver ist Teil einer langfristigen US-Mission namens „African Partnership Station“ – und firmiert unter dem Namen OBANGAME, übersetzt heißt das so viel wie „Zusammenarbeit“.

„OBANGAME Express 2014“, so viel ist vom federführenden US-Kommando in Afrika zu erfahren, soll „speziell auf die jüngsten Piraterie-Vorfälle in der Region Bezug nehmen“ – und vor allem die Kooperation zwischen Marinen und Küstenwachen aus Benin, Kamerun und Togo trainieren. Bisher sind auch Brasilien und Belgien an der Vorbereitung beteiligt. Bei der letzten OBANGAME-Übung im Frühjahr 2013 vor Kamerun waren 12 Schiffe aus 10 Staaten beteiligt - auch die niederländische Marine war mit dabei. In einem Manöver-Film erklärte der Kommandant des Flaggschiffs „Rotterdam“ damals:

O-Ton Kommandant (overvoice):

„Ein aufregender Einsatz für uns, denn Westafrika ist keine Region, in die wir oft gelangen. Für uns ist außerdem interessant, dass es hier um kombinierte Aktionen und Übungen geht – auch bei uns an Bord sind Marinesoldaten aus vielen Nationen.“

Dass nun auch die deutsche Marine an das OBANGAME-Manöver andocken will – das wird von Verteidigungs-Experten fast unisono begrüßt. Ausbildungshilfe sei in Westafrika das Mittel der Wahl, sagen sie – zumal man hier, anders als in Somalia, auf bestehende staatliche Strukturen der Anrainerländer aufbauen kann. Doch es gibt auch Skepsis.

O-Ton Staack:

„Es ist zwar eine internationale Mission – aber eine Mission, die ganz klar ausgeht von den USA und ihrem Afrika-Kommando. Also, sie ist nicht ganz so international, wie man sich das vielleicht wünschen würde...“

...sagt Michael Staack, Politikwissenschaftler an der Universität der Bundeswehr in Hamburg.

O-Ton Staack:

„...weil die USA natürlich wie in anderen Bereichen auch sehr viel spezifischere Interessen verfolgen, als das bei uns der Fall ist. Also, spezifischere Interessen in den betreffenden Ländern, bei der Unterstützung von Regierungen – und andererseits natürlich auch wirtschaftliche Interessen, die nicht unbedingt deckungsgleich sind mit dem Interesse Deutschlands, das sich tatsächlich auf freie Schifffahrt und Sicherheit der Seewege konzentriert.“

Die Interessen der USA hinter ihrem militärischen OBANGAME-Programm sind klar: Die Amerikaner – noch immer der wichtigste Handelspartner für Staaten wie Nigeria – wollen vor allem die Piraten-Überfälle auf ihre schwerfälligen Tanker stoppen. Erst Ende Oktober wurden zwei US-Seeleute als Geiseln genommen. Sicherheits-Experte Heinz-Dieter Jopp:

O-Ton Jopp:

„Insbesondere in Nigeria geht es natürlich um die Ölvorkommen. Hier erklärt alleine Nigeria, dass jährlich ein Schaden in der Größenordnung von zwei Milliarden US-Dollar entsteht – und hier wollten die Amerikaner helfen, dass der Staat Nigeria künftig in der Lage ist, dort auch die Ölförderung besser zu schützen.“

Könnten aber auch für Deutschland noch andere, wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen? Dient der Besuch des deutschen Ausbildungsverbandes in der Region vielleicht auch als Türöffner für die Industrie? Schließlich brauchen die westafrikanischen Marinen und Küstenwachen dringend modernes Gerät – erst 2011 hatte Bundeskanzlerin Merkel sich persönlich für den Export von deutschen Patrouillenbooten nach Angola eingesetzt. Fachleute sehen aktuell allerdings keinen direkten Zusammenhang zwischen anstehender Übungs-Mission und möglichen Waffen-Exporten. Professor Michael Staack:

O-Ton Staack:

„Ich denke nicht, dass deutsche Rüstungsexport-Interessen dort handlungsleitend sind. Sondern man muss da eben sehr genau hinschauen, falls solche Anfragen auf den Tisch kommen, um was es geht. Es ist allerdings sicherlich auch ein Zusammenhang mit der deutschen Unterstützungsmission für Mali zu sehen – und einer generell etwas stärkeren Zuwendung Deutschlands in diese Region.“

Die aber dürfe nicht allein in militärischen Ausbildungsmissionen bestehen, sagt Valerie Wilms. Die grüne Bundestagsabgeordnete und Berichterstatterin für die Maritime Politik fordert flankierende Aufbau- und Entwicklungshilfen für die Anrainerstaaten am Golf von Guinea – denn die Lektion aus Somalia sei: Piraterie ist immer auch ein Armutproblem, so Wilms.

O-Ton Wilms:

„Da ist es angezeigt, dass wir uns auch tatsächlich den Verpflichtungen, die wir uns selber auferlegt haben, nämlich 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auch tatsächlich für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, dass wir das endlich mal erfüllen. Davon sind wir noch deutlich entfernt. Also, wir sollten auch dort etwas reinstecken – und nicht nur in die Ertüchtigung der Sicherheitsbehörden vor Ort.“

Allzu oft, sagt Wilms, werde vergessen, wie stark die Region auch durch die Industriestaaten ausgebeutet werde – von Ölfirmen, die im Nigerdelta aktiv sind. Oder von westlichen Fischereifloten, die den westafrikanischen Fischern die Fanggründe streitig machen. Auch die EU, die in den kommenden Wochen ein eigenes Strategiepapier für die Piraterie-Bekämpfung im Golf von Guinea vorlegen will, müsse zu diesen Fragen Stellung beziehen, sagt die Grünen-Politikern. Für sie und andere Schifffahrts- und Sicherheits-Experten ist dennoch nicht ausgeschlossen, dass die Beteiligung der Deutschen Marine an der US-geführten Übungsmission OBANGAME nur Auftakt sein könnte, zu einem weiteren militärischen Engagement vor Ort – dann allerdings mit einem klaren völkerrechtlichen Mandat.

* * *

Flocken

In der Öffentlichkeit wenig bekannt ist, dass die Europäische Union für Krisenfälle seit Jahren einen multinationalen Kampfverband in Bereitschaft hält. Diese

sogenannten EU-Battle-Groups haben eine Stärke von bis zu 2.000 Soldaten. Sie sollen in der Lage sein, innerhalb weniger Tage in einen bis zu 6.000 Kilometer entfernten Konflikt einzugreifen. Doch bisher ist dieser Gefechtsverband nie eingesetzt worden – auch nicht im Mali-Konflikt. Die Stimmen werden daher lauter, die am Sinn der Battle Groups zweifeln. Janine Albrecht zu den Perspektiven der EU-Truppe:

Manuskript Janine Albrecht

Tausende Flüchtlinge haben sich vor einem Bürgerkrieg in das Land gerettet, extremistische Gruppen gewinnen immer mehr Einfluss, organisierte Kriminalität und Korruption machen dem Land zu schaffen - in der Republik „Fontinalis“ kriselt es. Fontinalis liegt 5.000 Kilometer von Brüssel entfernt und ist das fiktive Einsatzgebiet der EU-Battle Groups. Mit dieser Militärübung wurde im vergangenen Jahr im hessischen Wildflecken getestet, ob die bis zu 2.000 Mann starke europäische Eingreiftruppe einsatzbereit ist.

O-Ton Roßmanith:

„Es waren nicht alle in Wildflecken. Wir benötigen für diese Überprüfung nicht jeden einzelnen Soldaten, aber es war dennoch ein größeres Paket vorhanden. Hier geht um die Führung, das Einüben der Verfahren der Führung der zwischen den Headquarters, zwischen der Führung der Battlegroup runter bis auf die Einheitsebene und das wurde alles intensiv gut zwei Wochen in Wildflecken im letzten Jahr geübt.“

Das in Ulm stationierte Kommando von Generalleutnant Richard Roßmanith hat sich bereits sieben Mal an den Battlegroups beteiligt. Ein Verband, der für das schnelle Eingreifen in Krisen geschaffen wurde. Pro Halbjahr stellen dafür mehrere Nationen je zwei Kampfgruppen bereit. Das bedarf einiger Vorbereitung, wie der Befehlshaber des „Multinationalen Kommando Operative Führung" aus Erfahrung weiß. Insgesamt dauere es etwa 20 Monate bis die Truppe schließlich einsatzbereit sei. Doch bisher blieb es für die Soldaten bei der Bereitschaft. Seit ihrer Aufstellung 2007 wurden die Battlegroups nicht ein einziges Mal eingesetzt. Dabei gab es dazu genug Krisen und Gelegenheiten. Doch bisher hat es den EU-Mitgliedsstaaten am politischen Willen gefehlt, wie Christian Mölling von der Stiftung Wissenschaft und Politik erläutert:

O-Ton Mölling:

„Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist auf Europäischer Ebene ein Freiwilligenverein. Da ist niemand verpflichtet, da legen die Staaten auch Wert drauf. Niemand ist bereit, sich über ein für ihn gefühlt erträgliches Maß hinaus zu ‚committen‘, irgendetwas zur Verfügung zu stellen oder einen Automatismus zuzulassen, der es der EU ermöglichen würde, tatsächlich standhaft und auch sichtbar in Krisen agieren zu können.“

Dabei war genau das das Ziel, als 2003 die EU-Staaten die Gründung der Battle Groups beschlossen hatten. Doch die unterschiedlichen Interessen haben bisher den Einsatz dieser Truppe verhindert. Das wurde zuletzt im vergangenen Jahr beim Konflikt in Mali deutlich: Da sich Deutschland strikt gegen einen eventuellen Einsatz aussprach, forderte Frankreich die EU-Battle Group erst gar nicht an. Die Krise in dem westafrikanischen Land habe zudem gezeigt, wie Deutschland sein Engagement in Konflikten derzeit verstehe, wie Christian Mölling sagt:

O-Ton Mölling:

„Die Formel, die bei allen ziemlich gut durchgeht, ist: wir machen ziviles Krisenmanagement, wir machen Training für andere Soldaten und damit die auch ordentlich schießen können, kriegen die deutsche Waffen. Das sind die drei Möglichkeiten, die wir haben.“

Für Hans-Georg Ehrhart vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik hat der Mali-Konflikt zudem ein anderes Problem der Battle Groups deutlich gemacht: Die Truppe hätte dort gar nicht so schnell eingesetzt werden können.

O-Ton Ehrhart:

„Theoretisch müssen die Battle Groups innerhalb weniger Tage einsatzbereit sein und entsendet werden können. Das Problem ist eher der politische Entscheidungsprozess vorneweg und der gestaltet sich manchmal länger, als es die Krise erlaubt.“

Denn auch wenn man sich auf EU-Ebene auf einen Einsatz geeinigt hat, muss noch jedes einzelne der 28 Mitgliedsstaaten dieser Mission binnen fünf Tagen zustimmen. In vielen Ländern muss dazu auch das Parlament sein Ok geben. In Deutschland etwa gilt beim bewaffneten Einsatz von Streitkräften der Parlamentsvorbehalt. Neben diesen Gründen dürften auch die Kosten die Zurückhaltung erklären. Denn den größten Teil eines Einsatzes müssen die Staaten bezahlen, die gerade die Battle Groups stellen. Kein Wunder, dass angesichts

fehlender Einsätze der Nutzen dieser Eingreiftruppe immer wieder bezweifelt wird. Das deutsche Verteidigungsministerium hat daher einen Vorschlag gemacht, der den Battle Groups mit neuen Aufgaben neuen Aufschwung bringen soll.

O-Ton Tettweiler:

„Wir hatten vorgeschlagen, zu der einen Battle Group, wie wir sie bisher haben, eine zweite auszuplanen, die spezialisiert ist auf Trainingsmissionen. Weil sich die Missionstypen der gegenwärtigen Battle Groups - also das wären zum Beispiel Trennen von Konfliktparteien mit Waffengewalt oder Einsatz für militärische Evakuierungsoperationen - sehr sehr stark unterscheiden von dem, was wir vorgeschlagen haben.“

Berichtet Oberstleutnant Falk Tettweiler aus der Abteilung Politik des Verteidigungsministeriums. Doch gleich nach Bekanntwerden des Non-Papers im April hagelte es Kritik. Deutschland wolle sich aus der EU-Verteidigungspolitik zurückziehen. So ist dieser Vorschlag für Verteidigungsexperten Mölling ein weiterer Schritt auf einem Weg, der Europa immer weniger handlungsfähig macht.

O-Ton Mölling:

„Es gibt bisher keinen Fall in der militärischen Geschichte, in der man am Freitagnachmittag entschieden hat, am Montagmorgen in einen Notfalltrainingseinsatz zu gehen. Also das hat nichts mehr mit Krisenreaktion oder Prävention zu tun.“

Anders als Mölling begrüßt der Konfliktforscher Ehrhart, die EU-Battle Groups für neue Aufgaben zu öffnen:

O-Ton Ehrhart:

„Grundsätzlich finde ich den Gedanken nicht schlecht, die Battlegroups auch im Bereich der Ausbildung einzusetzen, in bestimmten Krisenländern, was ja auch schon gemacht wird, z.B. in Mali, wo die malische Armee ausgebildet wird, wo bestimmte Kontingente ausgebildet werden, was den militärischen Teil angeht, bis hin zum Mentoring, was wir in Afghanistan kennen.“

Auch im politischen Berlin trifft der Vorschlag von Verteidigungsminister de Maiziere überwiegend auf Zustimmung. Nicht nur bei der Unionsfraktion. Die Grünen begrüßen den Vorschlag der Bundesregierung ebenfalls. Ihr Verteidigungsexperte Omid Nouripour sieht in dieser Initiative keineswegs eine Schwächung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Im Gegenteil. Vielmehr bekämen die Battle Groups dadurch weitere Einsatzmöglichkeiten:

O-Ton Nouripour:

„Deshalb ist die Idee von de Maiziere - nirgendwo in meiner Jobbeschreibung steht, dass ich ihn loben soll - die Idee an sich, dass er sagt, wir fangen erstmal mit der Ausbildung an, nicht falsch. Damit realisieren die Mitgliedsstaaten, dass es da etwas gibt, womit man arbeiten kann. Ausbildung sollte nicht die einzige und alleinige Aufgabe sein, aber sie ist eine niedrighschwellige, mit der man diese Routine einläuten kann.“

Die SPD hingegen fordert, die EU-Battle Groups schlicht abzuschaffen. Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hält den Wandel zur Ausbildungs-Truppe für den falschen Schritt. Ausbildung könne immer erst dann stattfinden, wenn bereits ein gesichertes, stabiles Umfeld geschaffen wurde. Arnold schlägt etwas anderes vor:

O-Ton Arnold:

„Stehende Fähigkeiten gemeinsam in Europa, und die werden dann von Fall zu Fall sicherlich abzurunden sein und ergänzt aus nationalen Fähigkeiten. An dieser Idee gefällt mir zusätzlich, dass man darüber so etwas wie einen kleinen Nucleus an europäischer Sicherheitspolitik und Streitkräfte schaffen könnte. Ein erster Anfang wirklich multinationale Fähigkeiten in Europa so zu haben, dass sie einsatzfähig sind.“

Einsatzfähige europäische Streitkräfte wurden von der EU bereits vor 20 Jahren angestrebt. Damals wurde im Vertrag von Maastricht 1993, das Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik formuliert. Denn die Kriege im ehemaligen Jugoslawien Anfang der 90er Jahre hatten den Europäern schmerzhaft vor Augen geführt, dass sie militärisch handlungsunfähig sind, auf die Nato und vor allem auf die USA angewiesen waren. Mit dem Vertrag von Amsterdam kam daher sechs Jahre später auch die gemeinsame Verteidigungspolitik hinzu.

Im Juni 1999 wurde schließlich in Köln die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik geboren. Noch im Dezember desselben Jahres bekräftigten die EU-Staatschefs auf ihrem Gipfeltreffen in Helsinki ihren Entschluss zur ESVP. In der Abschlusserklärung heißt es, die Union solle in die Lage versetzt werden, eigenständige Militäroperationen durchzuführen. Dazu hat die Europäische Union mittlerweile einige Instrumente geschaffen, eines davon sind die Battle Groups. Sollten die europäischen Verteidigungsminister dem nun auf

EU-Ebene weiterentwickelten deutschen Ausbildungsvorschlag zustimmen, muss sich aber noch zeigen, ob dieses Instrument dann wirklich zum Einsatz kommt.

* * *

Flocken

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen: unter ndr.de/info. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.